

Aktionsgemeinschaft **Agrarwende** Newsletter Nordhessen e.V.

Nr. 7/8 / Juli/August 2024

7. Jahrgang



Gerade jetzt wichtig Tagung Landwirtschaft in (rechts-)radikalen Zeiten

Zusammen mit der Evangelischen Akademie in Hofgeismar veranstaltet die AGA-Nordhessen eine Tagung zu einem brisanten Thema.

Denn es ist leider so: Auch völkische Siedlungsgemeinschaften betreiben Landwirtschaft oft auf ökologischer Grundlage. Dabei nutzen sie Natur- und Umweltschutz, um ihr rassistisches und oft antisemitisches Gedankengut zu verbreiten.

Außerdem mischen sich in die Bauernproteste, die seit dem letzten Herbst die Europäische Union ins Wanken brachten, immer wieder rechtsradikale Töne bzw. versuchen gewisse Akteure, das Momentum für ihre Ideologie zu nutzen.

Die Tagung der Evangelischen Akademie in Hofgeismar (21./22.9.2024) in Zusammenarbeit mit der AGA Nordhessen bietet die Möglichkeit, sich zu verschiedenen Aspekten dieses aktuellen Themas fundiert zu informieren und mit Expert*innen in

offenen Workshops und nach Vorträgen zu diskutieren. Auch am Abend ist Gelegenheit für Gedankenaustausch.

Die spannende Tagung ist deshalb besonders wichtig und interessant für Menschen aus der Landwirtschaft, für Lehrer*innen, Medienschaffende und Redakteur*innen sowie alle, die sich in Initiativen für Umwelt-, Tier-, Klima- und Naturschutz engagieren.

Für eine bessere Planung wird eine Anmeldung bis zum 3. August 2024 erbeten!

[Das komplette Tagungsprogramm und Anmeldemöglichkeit auf der Webseite der Evangelischen Akademie](#)



Unverschämt

Liebe Leserin, lieber Leser,

Bauernpräsident Rukwied wähnt sich auf der Siegerstraße und kann den Hals nicht vollkriegen. Nach dem Einknicken der Bundesregierung sprach er frech von „Reförmchen“ und will jetzt alles. Weiterhin gelingt es ihm und seinem Verband, die kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe für seinen Industrie-Lobbyismus einzuspannen und als Protestmasse in die Schlacht zu werfen.

Die Wahlerfolge rechter Parteien in Europa geben diesen Lobbyisten weiteren Auftrieb. Auch das ursprünglich ambitionierte Renaturierungsgesetz wurde durch rechte und neoliberale Kräfte gerupft oder durch persönliche Eitelkeiten verwässert.

Es ist wieder im Trend, es einfach mal laufen zu lassen. Klima, Boden, Natur? Ach, das wird schon irgendwie gehen. Es gab doch immer eine Lösung. Viel schlimmer ist doch die „Bürokratie“. Unzumutbar. Da stimmt dann sogar ein SPD-Ministerpräsident im Bundesrat gegen das neue Düngegesetz. Auch wenn Deutschland Millionen von Euro an Strafzahlungen drohen. Wir bleiben stur.

Zum Glück lassen sich nicht alle klein kriegen und handeln. Zahlreiche Verbände und Organisationen (u.a. Greenpeace) reichen jetzt Verfassungsbeschwerden ein, weil Bundestag und Bundesregierung beim Klimaschutz wieder versagen. Durch die Sammelklage gibt es die Möglichkeit, dass Sie sich aktiv beteiligen und Zukunftskläger:in werden.

Mehr dazu in diesem Newsletter.

Andreas Grede
Vorstand und Sprecher der AGA Nordhessen



Das Nature Restoration Law (NRL) ist beschlossen, aber ... Ein Überblick

Das war ein Hin- und Her, ein Gezerre der Lobbyisten. Zukunftsangst und allgemeine Unzufriedenheit waren ein fruchtbarer Nährboden für Bauernverbände sowie den europäischen Zusammenschluss Copa/Cogeca. Gnadenlos wurden Landwirte benutzt, um letztlich die Interessen der Agrarindustrie zu unterstützen.

Mit schmerzhaften Zugeständnissen wurde das Renaturierungsgesetz (NRL) von den Abgeordneten des Europaparlaments gebilligt und endlich auch von den europäischen Umweltministern verabschiedet. Am 17. Juni 2024 wurde das Gesetz angenommen.

Es ist und war schwer, bei dem Geschacher zwischen Parlament, Rat und Kommission noch durchzublicken. [Unser Beitrag](#) erklärt verständlich die Entstehung und die vielen Zugeständnisse beim Umwelt- und Naturschutz und zeigt, was jetzt zu tun ist.

Forderungen des Bauernverbands maßlos

Die europaweiten von Lobbyisten angeheizten Proteste zeigten Wirkung. In der EU knickten viele ein um des „Friedens willen“ vor dem Wahlkampf (genutzt hat es freilich nichts). Auch die Bundesregierung hat der Branche nun weitgehende Zugeständnisse gemacht. Doch Bauernpräsident Rukwied genügt das nicht. Er möchte am liebsten gleich sämtliche Umweltschutzmaßnahmen abschaffen. Ist doch schließlich alles Bürokratie ...

In dem [Meinungsbeitrag unserer Redakteurin](#) steht im Klartext, wie dreist immer noch mehr gefordert wird.



Milchviehhalter widersprechen Bauernverband

Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) steht nicht im Verdacht, von „grünen Ökos“ dominiert zu sein. Umso bemerkenswerter ist seine Stellungnahme zu den Forderungen des Deutschen Bauernverbandes und ihrem Präsidenten Ruckwied. Unbedingt lesenswert daher der [Originaltext auf der BDM-Webseite.](#)



Schülerinnen und Schüler informieren sich auf Einladung der AGA im Naturkundemuseum Kassel

Wenige Tage vor der Europawahl lud die AGA-Nordhessen mehrere Oberstufenkurse der Ursulinschule Fritzlar ins Naturkundemuseum Kassel ein. In einem spannenden Vortrag erläuterte Prof. Dr. Kai Földner, Hochschuldozent und zugleich Leiter der Städtischen Museen Kassel, Hintergründe zu der aktuellen und sehenswerten Sonderausstellung „Wald“ (bis 8. September 2024).

[Zum Beitrag](#)



Trotz alledem!

Das EU-Wahlergebnis war absehbar und doch ziemlich niederschmetternd. Kann da ein Lied aus der gescheiterten 1848er Revolution Trost spenden bzw. zum Trotz aufrufen? Ja, meint unser Autor in seinem [Meinungsbeitrag](#) direkt nach der Wahl.



Sommerfest auf Gut Kappel

Ein rundum gelungenes Fest bei bestem Wetter wurde am vergangenen Sonntag auf Gut Kappel (Bad Arolsen)

gefeiert. Anlass war das 100-jährige Bestehen des Demeter-Verbands. Glückwünsche gingen auch an Bernd Hübner, dem Hofeigentümer, der seit 40 Jahren in der Landwirtschaft tätig ist. Etwa 300 BesucherInnen waren dabei. [Bericht und Fotos](#)

Aus Presse und Web



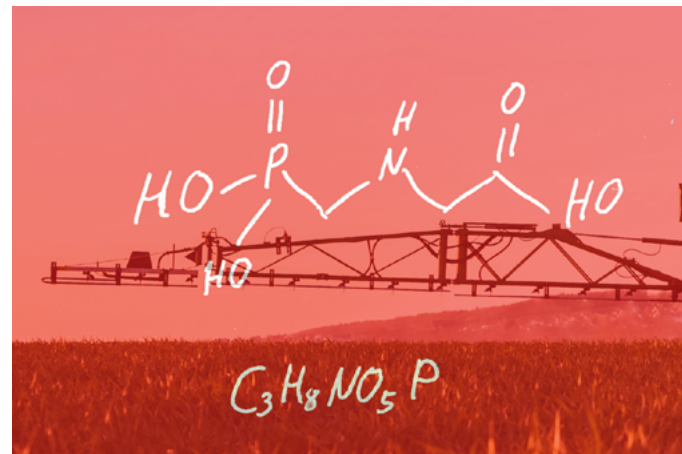
Bundesrat ohne Ambitionen beim Tierschutzgesetz

Dies bemängelt zurecht die Tierschutzorganisation ProVieh in einer aktuellen Stellungnahme. Der Beschluss vom 5. Juli sei für den Tierschutz ungenügend. Ende September wird sich der Bundestag erstmals mit dem Gesetzentwurf befassen. [Mehr dazu auf der ProVieh-Webseite.](#)

„Glyphosat-Wiederzulassung wissenschaftlich nicht haltbar“

Das Pestizid Aktionsnetzwerk PAN Germany stellt fest: Glyphosat wird in Deutschland und weltweit mit Abstand am häufigsten und mengenmäßig am meisten von allen Herbiziden eingesetzt. Es ist eine Katastrophe für die biologische Vielfalt und eine Gefahr für die Gesundheit. Wissenschaftliche Studien belegen die Gefährlichkeit im Gegensatz zu den alten Beschwichtigungsgutachten.

Im Januar wurde u.a. von mehreren PAN-Organisationen bei der EU-Kommission ein Antrag auf Überprüfung der Wiedergenehmigung abgelehnt. Nun wird geklagt. [Der aktuelle Stand.](#)



Bundesrat verhindert Düngegesetz

Bereits vor Jahren strengte die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland an. Zuviel Nitrat im Grundwasser, zu hoher Stickstoff- und Phosphorgehalt in Nord- und Ostsee. Grund: Massentierhaltung und damit verbunden das Gülleproblem, außerdem Überdüngung auf vielen Äckern. Das Gesetz sollte den sog. Stoffstromkreislauf transparenter machen, was mit Aufzeichnungspflichten für Landwirte verbunden wäre.



Aber ey, das ist doch Bürokratie. Das machen Rukwied und seine treuen Ministerpräsidenten nicht mit. Und auch Özdemir, immer mit Blick nach Baden-Württemberg, grummelt nur ein bisschen, weil die Umwelt wieder hinten anstehen muss. Gegen den Bauernverband mag niemand in den Ring steigen ...

Das Thema Überdüngung beschäftigt deutsche Regierungen seit mindestens dreißig Jahren. Seit 1991 gibt es eine Richtlinie, die aber nie eingehalten wurde. Erst im vorigen Jahr stellte die

EU-Kommission der Vertragsverletzungsverfahren ein, weil die Bundesregierung wirksame Maßnahmen in Aussicht gestellt hatte. Zeitnah aus dem Bundesrat berichtete [tagesschau.de](#), mehr kritische Hintergründe lieferte ein [taz-Beitrag](#) Anfang der Woche. Ein bissiger Kommentar war im RND zu lesen: [„Ein Zeichen für Deutschlands jahrzehntelang verfehlte Agrarpolitik.“](#)

Ich
klage
mit!

**ZUKUNFTS
KLAGE**

GREENPEACE

GERMANWATCH



Greenpeace kämpft fürs Klima und macht ernst.

Auf der Webseite heißt es

Zukunftskläger:in werden!

Alle können mitmachen, damit die Politik endlich handelt!

„Bereits vor drei Jahren haben Greenpeace und Germanwatch mit jungen Kläger:innen und Familien in einem wegweisenden Urteil erreicht, dass das Bundesverfassungsgericht dem Recht auf Klimaschutz Verfassungsrang einräumt. Mit der ersten Klimaklage, an der sich alle beteiligen können, fordern wir jetzt ehrgeizige Klimaziele, ein verfassungskonformes Klimaschutzgesetz und schnelle, effektive Maßnahmen, damit mehr Tempo in den Klimaschutz kommt.“

Sie können sich der gemeinsamen Verfassungsbeschwerde von Greenpeace, Germanwatch und vielen anderen NGOs anschließen – ohne Kosten oder persönliche Risiken. [Mitmachen!](#)

Mitmachen!

Zwei Mitmach-Aktionen, die Engagement erfordern. Hier ist es mit zwei Mausklicks nicht getan. Dafür versprechen beide Aktionen Öffentlichkeit und (hoffentlich) auch Erfolg.

Raus in die Natur und checkt unsere Bäche!

Passt gut zum gekippten Düngegesetz. Während die deutsche Landwirtschaft Überschüsse produziert, die auf dem Weltmarkt verramscht bzw. billig der Lebensmittelindustrie zur Verfügung gestellt werden, verfolgen der Bauernverband und seine Lobbyorganisationen immer noch das Wachstumsziel. Konsequenz u.a. in der Tierhaltung: Zuviel Gülle. Die

wird dann auf den Äckern entsorgt und wird Düngung genannt. Darunter leidet auch die Wasserqualität.

Die ARD hat zusammen mit dem Deutschen Städtetag eine Aktion ins Leben gerufen, bei der jede/r mitmachen kann. Im Aufruf heißt es u.a.:

„Nur acht Prozent der deutschen Flüsse sind ökologisch gesund - so das Umweltbundesamt. Die Wasserqualität der großen Flüsse wie Rhein, Elbe oder Donau wird regelmäßig überprüft. Wie steht es um die kleinen Bäche und Flüsse? Sie machen rund 70 Prozent unserer Fließgewässer aus. Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung hat 137 Bäche untersucht: 60 Prozent davon

waren durch Pestizide belastet. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie von 2000 verpflichtet die Mitgliedsländer der EU bis spätestens 2027 ihre Flüsse in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Schafft Deutschland es rechtzeitig, die EU-Vorgabe zu erfüllen und seine Flüsse zu retten?“

Bewerten Sie ein Gewässer in Ihrer Nähe! Gute gemachte Aktion. [Einfach mal reinschauen.](#)

